



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 18.03.2018

Niederschrift

über die **34. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 05.03.2018, 17:05 Uhr bis 19:17 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Andreas Wolter GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Andreas Pöttgen	SPD	
Herr Ralph Sterck	FDP	
Herr Horst Noack	SPD	
Herr Jochen Ott	SPD	(bis 18.30 Uhr)
Herr Stefan Götz	CDU	(bis 19.00 Uhr)
Herr Dirk Michel	CDU	(bis 18.45 Uhr)
Frau Birgitta Nessler-Komp	CDU	
Frau Monika Roß-Belkner	CDU	
Herr Lino Hammer	GRÜNE	
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE	

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dietmar Ciesla-Baier SPD (für RM Kron)

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 11 Gemeindeordnung NRW

Herr Thomas Hegenbarth	BUNT
Herr Tobias Scholz	Gute Wählergruppe Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Wolfgang Kissenbeck	auf Vorschlag der SPD
Herr Dr. Jörg Klusemann	SPD

Herr Markus Graf	GRÜNE (bis 18.00 Uhr)
Herr Joachim Schalke	auf Vorschlag der Grünen
Frau Gunda Wienke	auf Vorschlag von DIE LINKE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22, 23, 23a oder 23 b der Hauptsatzung

Herr Abdullah Aydik	DEIN KÖLN
Herr Bernd Fahlenbock	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Dr. Gerhard Haider	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Verwaltung

Frau Beigeordnete Andrea Blome	Dezernat für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Frau Cornelia Müller	Bauverwaltungsamt
Herr Gerd Neweling	Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau
Frau Sonja Rode	Dezernat für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur
Herr Bernd Streitberger	Bühnen der Stadt Köln

Gäste

Herr Gunther Höhn	KVB AG
-------------------	--------

Schriftführerin

Frau Angela Krause	Dezernat für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur
--------------------	--

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Bezirksbürgermeisterin Helga Blömer-Frerker	CDU
Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU
Herr Ralph Köhler	auf Vorschlag der CDU
Herr Klaus Uckrow	auf Vorschlag der FDP

Ausschussvorsitzender Wolter eröffnet die 34. Sitzung des Verkehrsausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass diese wie folgt ergänzt werden soll:

- 4.3 Auslobung eines Gutachterverfahrens als Mehrfachbeauftragung zur Möblierung des kleinen und des großen Offenbachplatzes im Opernquartier Köln
3230/2017

- 5.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 23.02.2018 betr.
Kölner Anlegeplätze für Binnenschifffahrt auf dem Rhein
AN/0278/2018

- 5.2.3 Anfrage der SPD-Fraktion vom 23.02.2018 betr.
Förderung der Elektromobilität – Was tut die Verwaltung?
AN/0279/2018

- 5.2.4 Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.02.2018 betr.
Auslastung der P+R-Anlage Königsforst
AN/1482/2017

- 5.2.5 Anfrage der Gruppe BUNT vom 28.02.2018 betr.
Ticketautomaten der KVB – Schwarzfahren wider Willen
AN/0313/2018

- 5.2.6 Anfrage der Gruppe BUNT vom 28.02.2018 betr.
Wie, wann und wo sind die Bussen und Bahnen der KVB besonders ausgelastet?
AN/0314/2018

- 6.2 Verkehrsversuch Sperrung Zülpicher Straße
hier: Mündliche Anfrage von RM Hammer in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 23.01.2018, TOP 4.2
0394/2018

- 6.3 Entwicklung von Fahrgastzahlen und Fällen von Schwarzfahren?
hier: Anfrage der Ratsgruppe BUNT in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 05.12.2017, TOP 1.4
0390/2018

- 7.3 Earth Hour 2018
0264/2018

- 7.4 ÖPNV-Roadmap: Maßnahmen für den Stadtbahnausbau und -neubau
0606/2018
- 7.5 Ufermauer Porz
weiteres Vorgehen in Bezug auf die Beschlussvorlage 3765/2016 und das Integrierte Stadtentwicklungskonzept für Porz Mitte
0347/2018
- 7.6 Fahrbahnmarkierung in der Domumgebung
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt in der Sitzung am 25.01.2018, TOP 6.2
0545/2018
- 7.7 Bericht der Stadt Köln gemäß Art. 7 der EU-Verordnung 1370/2007
0363/2018
Tischvorlage

II. Nichtöffentlicher Teil

- 13.1 Musical Dome Köln: Verlängerung des Gestattungsvertrages, 10. Änderungsvertrag
4041/2017
- 15.1 Vertrag zur Erstellung eines Standort- und Betriebskonzeptes für eine Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln (LIS-Köln)
0648/2018
- 15.2 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
Hier: Abschluss der Vereinbarung zur Sanierung des Gleiswechselbauwerks Waidmarkt (Sanierungsvereinbarung Waidmarkt)
3943/2017
Tischvorlage

Vorsitzender Wolter weist des Weiteren darauf hin, dass heute noch zwei Anfragen der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen eingereicht wurden. Mit Verweis auf die Frist in § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen (3 Arbeitstage vor der Sitzung) wurden diese jedoch nicht mehr in die Tagesordnung aufgenommen.

RM Hammer beantragt, die TOP 1.1 und 3.1, Antrag der SPD-Fraktion und Verwaltungsvorlage Verkehrsführungskonzept Altstadt, zu vertagen. Hintergrund sei, dass die Bezirksvertretung Innenstadt in ihrer kommenden Sitzung den Hauptausschuss

zwecks Klärung der Entscheidungsbefugnis in dieser Angelegenheit anrufen werde. Diese Entscheidung wolle die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zunächst abwarten.

Die RM Pöttgen und Weisenstein zeigen sich überrascht von diesem Vorschlag. Es handele sich hier um ein laufendes Verfahren, so dass der Verkehrsausschuss durchaus einen Beschluss bzw. eine Zielsetzung in der Sache fassen könne.

Nach kurzer kontroverser Diskussion über die weitere Vorgehensweise stellt Vorsitzender Wolter den Vertagungsantrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2017 betr. Autofreie Altstadt jetzt, AN/1653/2017, sowie die Verwaltungsvorlage „Verkehrsführungskonzept Altstadt“, 2835/2016/1, werden vertagt, bis die Entscheidung des Hauptausschusses über die Zuständigkeit in dieser Angelegenheit vorliegt.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke

Der Ausschuss ist im Übrigen mit den Ergänzungen einverstanden und beschließt demnach folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 1.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2017 betr.
Autofreie Altstadt jetzt!
AN/1653/2017
- vertagt -
- 1.2 Antrag der Gruppe Bunt vom 16.02.2018 betr.
Fahrscheinloser ÖPNV: Planungen rund um den 1. fahrscheinlosen Tag in Köln
AN/0212/2018
- 1.3 Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der FDP-Fraktion vom 20.02.2018 betr.
gefährloses Fahrradfahren in Schulnähe
AN/0231/2018

2 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

3.1 Verkehrsführungskonzept Altstadt
2835/2016/1
- vertagt -

3.2 Verwendung Stellplatzablösemittel zur Förderung des Radverkehrs
2726/2017

3.3 5-Jahresplan der Erschließungsmaßnahmen
2112/2017

3.4 Busbeschleunigung Dürener Straße
3236/2017

4 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

4.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Lülsdorfer Straße/Sandbergstraße von Rheinbergstraße/An der Mühle bis Ende der Bebauung (Sandbergstr. 147) in Köln-Porz/Langel
2924/2017

4.2 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Beschaffung von 300 Parkscheinautomaten (PSA)
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes
hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung)
0140/2018

4.3 Auslobung eines Gutachterverfahrens als Mehrfachbeauftragung zur Möblierung des kleinen und des großen Offenbachplatzes im Opernquartier Köln
3230/2017

5 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Noch offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

5.1.1 Anfrage der Gruppe BUNT vom 18.01.2018 betr.
Dezentrale Carsharing-Stellplätze schaffen, Mobilitätswende voranbringen
AN/0084/2018

5.1.2 Anfrage der Gruppe BUNT vom 18.01.2018 betr.
Unfälle: KVB vs. Kfz
AN/0085/2018

5.2 Aktuelle Anfragen

- 5.2.1 Anfrage der Fraktion Die Linke vom 19.02.2018 betr.
Angsträume auf städtischen Flächen
AN/0216/2018
- 5.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 23.02.2018 betr.
Kölner Anlegeplätze für Binnenschifffahrt auf dem Rhein
AN/0278/2018
- 5.2.3 Anfrage der SPD-Fraktion vom 23.02.2018 betr.
Förderung der Elektromobilität – Was tut die Verwaltung?
AN/0279/2018
- 5.2.4 Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.02.2018 betr.
Auslastung der P+R-Anlage Königsforst
AN/1482/2017
- 5.2.5 Anfrage der Gruppe BUNT vom 28.02.2018 betr.
Ticketautomaten der KVB – Schwarzfahren wider Willen
AN/0313/2018
- 5.2.6 Anfrage der Gruppe BUNT vom 28.02.2018 betr.
Wie, wann und wo sind die Bussen und Bahnen der KVB besonders ausgelastet?
AN/0314/2018

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 6.1 Park & Ride Bayerwerk Leverkusen
hier: Anfrage der FDP-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 05.12.2017, TOP 1.6
0388/2018
- 6.2 Verkehrsversuch Sperrung Zülpicher Straße
hier: Mündliche Anfrage von RM Hammer in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 23.01.2018, TOP 4.2
0394/2018
- 6.3 Entwicklung von Fahrgastzahlen und Fällen von Schwarzfahren?
hier: Anfrage der Ratsgruppe BUNT in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 05.12.2017, TOP 1.4
0390/2018

7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 Stadtbahnhaltestelle Chorweiler - Brandschutztechnische Nachrüstung
Sachstand der Planung und Umsetzung
0150/2018

- 7.2 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht
Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen
0224/2018
- 7.3 Earth Hour 2018
0264/2018
- 7.4 ÖPNV-Roadmap: Maßnahmen für den Stadtbahnausbau und -neubau
0606/2018
- 7.5 Ufermauer Porz
weiteres Vorgehen in Bezug auf die Beschlussvorlage 3765/2016 und das In-
tegrierte Stadtentwicklungskonzept für Porz Mitte
0347/2018
- 7.6 Fahrbahnmarkierung in der Domumgebung
hier: Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt in der Sitzung am
25.01.2018, TOP 6.2
0545/2018
- 7.7 Bericht der Stadt Köln gemäß Art. 7 der EU-Verordnung 1370/2007
0363/2018

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Pilotprojekt Ring frei
Mündliche Anfrage des RM Pöttgen
- 8.2 Beschaffung von zehn Elektrofahrzeugen
Mündliche Anfrage des stellv. Seniorenvertreters Haider

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, An-
regungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 13.1 Musical Dome Köln: Verlängerung des Gestattungsvertrages, 10. Änderungs-
vertrag
4041/2017

14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

15 Mitteilungen der Verwaltung

15.1 Vertrag zur Erstellung eines Standort- und Betriebskonzeptes für eine Ladeinfrastruktur im öffentlichen Straßenraum der Stadt Köln (LIS-Köln)
0648/2018

15.2 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
3943/2017

16 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 15.11.2017 betr. Autofreie Altstadt jetzt! AN/1653/2017

- Der Antrag wurde vor Eintritt in die Tagesordnung bis zu einer Entscheidung des Hauptausschusses in dieser Sache vertagt.

1.2 Antrag der Gruppe Bunt vom 16.02.2018 betr. Fahrscheinloser ÖPNV: Planungen rund um den 1. fahrscheinlosen Tag in Köln AN/0212/2018

RM Hegenbarth nimmt seitens der Gruppe BUNT Stellung zum Antrag und wirbt um Unterstützung.

Seitens der stimmberechtigten Fraktionen wird deutlich, dass diese einen Beschluss über die beantragten Maßnahmen für nicht zwingend erforderlich halten; der Aufwand sei zu groß.

Dies wird im Wesentlichen von Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, und Herrn Harzen-dorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, bestätigt, die darlegen, mit welchen alternativen Maßnahmen die KVB AG und die Verwaltung den Fahrscheinlo-sen Tag vorbereiten und planen.

Nach reger Diskussion verständigt sich die Mehrheit der Ausschussmitglieder auf fol-genden

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit der KVB AG folgende Maßnahmen anlässlich des fahrscheinlosen Tags am 03. Juni 2018 durchzuführen:

- Befragung im Rahmen einer Marktforschung, bei der u.a. eine Änderung des Mobilitätsverhaltens ermittelt werden soll
- Gegenüberstellung der Werte in den vorhandenen Messstellen mit einem ver-gleichbaren Sonntag
- Dokumentation des Personalmehreinsatzes

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

**1.3 Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke und der FDP-Fraktion vom 20.02.2018 betr.
gefährloses Fahrradfahren in Schulnähe
AN/0231/2018**

RM Pöttgen erläutert, dass dieser Antrag im Rahmen des Tages der Jugend entstanden sei und bedankt sich nachdrücklich bei den Schülern des Schiller-Gymnasiums für deren Initiative. Er hoffe, dass insbesondere für den Gefahrenpunkt Weyertal in Sülz zeitnah eine Lösung gefunden werde.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlägt RM Hammer vor, den Antrag auch in die Bezirksvertretung Lindenthal zu geben, da die Entscheidungsbefugnis zu Ziffer 2 des Antrags, Schulwegsicherung, bei dem Gremium vor Ort liege.

RM Weisenstein hält einen Rücklauf für wichtig, d.h., dass die Prozesse, die durch solch einen Antrag in Gang gesetzt werden, den jungen Leuten auch zurückgespiegelt und diese über etwaige Maßnahmen informiert werden.

RM Hegenbarth verweist auf eine Beantwortung einer Anfrage im vergangenen Jahr zum Thema „Elterntaxis – Unfallgeschehen“. Diese sei für die Initiatoren sicherlich auch von großem Interesse.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Vorsitzender Wolter den Antrag sowie den Verweisungsbeschluss zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu überprüfen, wie sicher die Verkehrssituation für Fahrradfahrende im Umfeld der Kölner Schulen ist und darauf folgend auszuarbeiten, wie man sie verändern muss, um Sicherheit für Fahrradfahrende garantieren zu können.
2. Ein besonderer Gefahrenpunkt ist die Straße Weyertal in Sülz, wo starker Durchgangsverkehr auf die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte zweier Schulen trifft. Dort soll durch verschiedene Maßnahmen, wie z. B. Verkehrsberuhigung, Fahrradstraße, Fahrradstreifen, die Situation verbessert werden. Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden kann so vergrößert werden, insbesondere die der Fahrradfahrenden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Maßnahmen schnellstmöglich auch auf andere Gefahrenpunkte auszuweiten. Hervorzuheben sind hier besonders Schulen in Innenstadtnähe, wo die Sicherheit von Fahrradfahrenden besonders beeinträchtigt ist.

Der Verkehrsausschuss verweist den Antrag zudem zur Beratung in die Bezirksvertretung Lindenthal.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

2 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

3 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

**3.1 Verkehrsführungskonzept Altstadt
2835/2016/1**

- Die Vorlage wurde vor Eintritt in die Tagesordnung bis zu einer Entscheidung des Hauptausschusses in dieser Sache vertagt.

**3.2 Verwendung Stellplatzablösemittel zur Förderung des Radverkehrs
2726/2017**

RM Michel teilt seitens der CDU-Fraktion nunmehr Zustimmung zur Verwaltungsvorlage mit. Das Thema „Quartiersgaragen“ werde an anderer Stelle vorangetrieben.

Für die FDP-Fraktion hingegen äußert RM Sterck seine Ablehnung. Die Maßnahmen für den Radverkehr stünden sicherlich außer Zweifel; die Finanzierungsmöglichkeit sei jedoch aus seiner Sicht unseriös.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Stellplatzablösemittel in Höhe von 6.000.000 Euro für Maßnahmen zur Förderung des Fahrradparkens und für bauliche Verbesserungen auf dem NRW-Radverkehrsnetz und den städtischen Radverkehrshaupttrouten zu verwenden.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

**3.3 5-Jahresplan der Erschließungsmaßnahmen
2112/2017**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Erschließungsmaßnahmen mit überbezirklicher Bedeutung im Kölner Stadtgebiet für die Jahre 2018 ff. entsprechend der Anlagen fest und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung dieser Maßnahmen.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretungen uneingeschränkt zustimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**3.4 Busbeschleunigung Dürener Straße
3236/2017**

Die RM Pöttgen, Michel und Sterck bedanken sich seitens ihrer Fraktionen für die Verwaltungsvorlage und teilen ihre Zustimmung mit.

RM Hammer bittet um Mitteilung, in wie weit die S-Maßnahmen und die K-Maßnahmen zwingend zueinander gehören; aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen könne auch zunächst die Busspur vorgezogen und anschließend der Knotenausbau geplant werden. Im Hinblick auf diesen interessiere ihn die genaue Ausgestaltung des gemeinsamen Geh- und Radweges. In den Plänen seien keine Details ersichtlich. Zudem wirft er die Frage auf, ob die Fahrbahnbreite von 11 m zwingend erforderlich sei; innerstädtisch würden auch Fahrspuren von 3 m für Busse ausreichen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, erläutert aufgrund dieser Nachfragen den derzeitigen Planungsstand. Auf die Fragen von Herrn Hammer eingehend führt er u.a. aus, dass die Straße in der Baulast des Bundes liege, somit die Richtlinien für außerorts-Bereiche gelten und für die Busspur eine Breite von 3,50 m, für den Kfz-Verkehr eine Breite von 3 m benötigt werde. Zudem seien weitere Zwangspunkte wie erforderliche Doppelmarkierung für den Gegenverkehr und ein einseitiger Bordstein vorhanden, so dass man keines Falls auf 9 m „herunter sparen“ könne.

Auf der Nordseite verlaufe ein Geh- und Radweg etwas abgesetzt durch den Park; dieser sei nicht in Gänze durchgehend, werde von der Verwaltung jedoch noch angepasst und ggf. verbreitert. Auf der Südseite verlaufe ein gemeinsamer Fuß- und Radweg.

Die verschiedenen S- und K-Maßnahmen seien miteinander verknüpfbar, hätten dann auch unterschiedliche Wirkungen.

Ergänzend zur Vorlage weist Herr Harzendorf des Weiteren darauf hin, dass für die Maßnahme ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden müsse; die hierfür erforderlichen Unterlagen seien grundsätzlich fertiggestellt und werden vom Landesbetrieb Straßenbau eingereicht. Zur Beschleunigung wolle die Verwaltung zunächst testweise mit einer überbreiten Spur ein zweispuriges Befahren ermöglichen. Im Bereich der Querungshilfe werde der Verkehr verflechtet und die Lichtsignalanlagen am Militärring entsprechend angepasst.

RM Hammer bedankt sich zunächst für diese Ausführungen, merkt jedoch an, dass es seiner Fraktion um die Radverkehrsführung im Knoten gehe. Eine Zustimmung zu einer der beiden Knotenvarianten könne nicht erfolgen, wenn die Führung des Radverkehrs noch unklar sei.

Vorsitzender Wolter regt an, eine weitere Querungshilfe im Bereich des Grüngürtels zu prüfen. Der Bedarf sei sicherlich vorhanden.

Herr Harzendorf sagt zu, die Detailpläne, die noch nicht ausgearbeitet seien, im weiteren Verlauf des Verfahrens sowohl im hiesigen Ausschuss als auch in der Bezirksvertretung vorzustellen. Die jetzige Betrachtung liege schwerpunktmäßig auf dem Busverkehr.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Lindenthal.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

4.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Lülsdorfer Straße/Sandbergstraße von Rheinbergstraße/An der Mühle bis Ende der Bebauung (Sandbergstr. 147) in Köln-Porz/Langel 2924/2017

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Lülsdorfer Straße/Sandbergstraße von Rheinbergstraße/An der Mühle bis Lülsdorfer Straße in Köln-Porz/Langel in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.2 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens hier: Beschaffung von 300 Parkscheinautomaten (PSA) 2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung) 0140/2018

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat stellt den Bedarf zur Beschaffung von 300 Parkscheinautomaten mit Gesamtkosten in Höhe von 1.350.000 € fest und beauftragt die Verwaltung, das entsprechende Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.
2. Der Rat beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 250.000 € sowie einer Verpflichtungsermächtigung zu Lasten des Haushaltsjahres 2019 in Höhe von 1.100.000 € im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6606-1201-0-1000 (Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung), Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion

4.3 Auslobung eines Gutachterverfahrens als Mehrfachbeauftragung zur Möblierung des kleinen und des großen Offenbachplatzes im Opernquartier Köln 3230/2017

Herr Streitberger, Technischer Betriebsleiter der Bühnen Köln, erläutert kurz die wesentlichen Inhalte der Verwaltungsvorlage. Ergänzend zu dieser führt er aus, dass das Planungsbüro Topotek aus Berlin zwischenzeitlich aus Kapazitätsgründen abgesagt habe; stattdessen konnte das Atelier Loidl aus Berlin als Ersatz gewonnen werden.

RM Pöttgen merkt an, dass die Vorlage die Fraktionen nach den Arbeitskreissitzungen erreicht habe und er von daher vorschläge, die Vorlage ohne Votum weiter zu verweisen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kann sich RM Hammer diesem Vorschlag anschließen. Er bitte jedoch nachdrücklich, die Hauptverkehrsachsen der Fußgänger auf diesem Platz von Bänken, Tischen oder sonstiger Möblierung frei zu halten.

SE Fahlenbock weist zudem darauf hin, dass die Barrierefreiheit berücksichtigt werden müsse. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik sei bedauerlicher Weise in der Beratungsfolge dieser Vorlage nicht aufgenommen.

Herr Streitberger sagt zu, das Beurteilungsgremium um einen Vertreter der Stadtarbeitsgemeinschaft in zu erweitern.

➤ Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

5 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Noch offene Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

**5.1.1 Anfrage der Gruppe BUNT vom 18.01.2018 betr.
Dezentrale Carsharing-Stellplätze schaffen, Mobilitätswende voranbringen
AN/0084/2018**

**5.1.2 Anfrage der Gruppe BUNT vom 18.01.2018 betr.
Unfälle: KVB vs. Kfz
AN/0085/2018**

5.2 Aktuelle Anfragen

**5.2.1 Anfrage der Fraktion Die Linke vom 19.02.2018 betr.
Angsträume auf städtischen Flächen
AN/0216/2018**

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

**5.2.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 23.02.2018 betr.
Kölner Anlegeplätze für Binnenschifffahrt auf dem Rhein
AN/0278/2018**

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

**5.2.3 Anfrage der SPD-Fraktion vom 23.02.2018 betr.
Förderung der Elektromobilität – Was tut die Verwaltung?
AN/0279/2018**

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

**5.2.4 Anfrage der FDP-Fraktion vom 27.02.2018 betr.
Auslastung der P+R-Anlage Königsforst
AN/1482/2017**

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

**5.2.5 Anfrage der Gruppe BUNT vom 28.02.2018 betr.
Ticketautomaten der KVB – Schwarzfahren wider Willen
AN/0313/2018**

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

**5.2.6 Anfrage der Gruppe BUNT vom 28.02.2018 betr.
Wie, wann und wo sind die Bussen und Bahnen der KVB besonders
ausgelastet?
AN/0314/2018**

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

**6.1 Park & Ride Bayerwerk Leverkusen
hier: Anfrage der FDP-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses
am 05.12.2017, TOP 1.6
0388/2018**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.2 Verkehrsversuch Sperrung Zülpicher Straße
hier: Mündliche Anfrage von RM Hammer in der Sitzung des Verkehrs-
ausschusses am 23.01.2018, TOP 4.2
0394/2018**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.3 Entwicklung von Fahrgastzahlen und Fällen von Schwarzfahren?
hier: Anfrage der Ratsgruppe BUNT in der Sitzung des Verkehrs-
ausschusses am 05.12.2017, TOP 1.4
0390/2018**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Stadtbahnhaltestelle Chorweiler - Brandschutztechnische Nachrüstung Sachstand der Planung und Umsetzung 0150/2018

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.2 Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik, 2. Folgebericht Controlling der Umsetzung der Einzelmaßnahmen 0224/2018

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.3 Earth Hour 2018 0264/2018

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.4 ÖPNV-Roadmap: Maßnahmen für den Stadtbahnausbau und -neubau 0606/2018

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

BG Blome nimmt Bezug auf das kürzlich durchgeführte interfraktionelle Gespräch zu dieser Thematik und erläutert, dass sie sich gegen die Fertigung einer Verwaltungsvorlage entschieden habe. Zum Einen sei in den Projekten bereits aktuell viel Bewegung, zum Anderen werde die Verwaltung mit allen Einzelmaßnahmen im hiesigen Ausschuss vorstellig. Es sei ihr sehr wichtig, die Politik hier eng einzubinden und von daher möchte sie vorschlagen, einen – halbjährlich tagenden - Lenkungskreis zu installieren, in dem die Verwaltung über den Stand der Einzelmaßnahmen und diesbezügliche Anmeldungen zum Haushalts- und Stellenplan informiere.

Zur Stadtbahnmaßnahme Rondorf/Meschenich weist Frau Blome darauf hin, dass die angegebenen Kosten von 65.000.000 € seiner Zeit bei der Anmeldung zum ÖPNV-Bedarfsplan angegeben wurden; eine Kostenschätzung liege noch nicht vor. Es sei jedoch bereits jetzt absehbar, dass diese Zahl nach oben korrigiert werden müsse.

Weiterhin informiert Frau Blome, dass zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 7 bereits Anfang der 2000er Jahre ein Planfeststellungsverfahren eingeleitet, jedoch später eingestellt wurde. Somit seien hier bereits solide Planungsgrundlagen vorhanden, auf die die Verwaltung aufsetzen könne. Sie betont, dass die Aussage in der Mitteilung, andere Maßnahmen seien planerisch weiter fortgeschritten und würden prioritär behandelt, insofern etwas missverständlich sei.

Vorsitzender Wolter bedankt sich für diese Ausführungen und unterstreicht die Aussage, wie wichtig hier eine enge Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Politik sei. Die grundsätzlichen Ratsbeschlüsse seien gefasst, es gehe nun nicht darum, einen neuen Nahverkehrsplan aufzustellen. Die Einrichtung eines Lenkungskreises zwecks umfassender und detaillierter Information über den Stand der Projekte – hier auch die Stichwörter Fördergelder, Personalbedarf - begrüße er ausdrücklich.

RM Pöttgen kritisiert, dass die Verwaltung lediglich eine Mitteilung vorgelegt habe. Eine politische Beratung mit Beschlussfassung und Prioritätensetzung halte er für Ziel führender; es handele sich hier nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Bezugnehmend auf das interfraktionelle Gespräch im Januar weist er darauf hin, dass die dort aufgeworfenen Fragen durch die vorgelegte Mitteilung nicht beantwortet werden. Beispielsweise sei für die SPD-Fraktion interessant, wo die Bedarfe konkret liegen, welche Maßnahme welchen Fahrgastzuwachs bringen und welchen Personalbedarf die Verwaltung und auch die der KVB AG habe.

Die Einrichtung eines Lenkungskreises halte er für nicht zwingend erforderlich; die zuständigen Gremien seien der hiesige Ausschuss, in dem öffentlich über die Projekte diskutiert werden könne, sowie der Aufsichtsrat der KVB AG. Die Projektsteuerung müsse aus seiner Sicht die Verkehrsdezernentin wahrnehmen. Hier möchte er die Frage aufwerfen, wie sie diese umzusetzen gedenke.

RM Götz weist darauf hin, dass der alte ÖPNV-Bedarfsplan ausgelaufen und der neue Plan noch nicht fertig sei, so dass sich nun die Möglichkeit biete, in der Zwischenphase einzelne Maßnahmen – sofern eine gewisse Planungsreife vorhanden sei – dazwischen zu schieben bzw. vorzuziehen. Er bitte die Verwaltung möglichst zur kommenden Sitzung darzustellen, welche Möglichkeiten und Chancen hierzu tatsächlich bestehen.

RM Hammer unterstützt die Ausführungen seines Vorredners und bittet um Mitteilung, ob und inwieweit für die Planungsreife einzelner Projekte noch externe Kapazitäten erforderlich seien. Weiterhin regt er an, beispielsweise die Bahnsteigverlängerungen der Linie 4 und auch der Ost-West-Achse bereits jetzt extern zu vergeben.

Unter Hinweis auf Anlage 1 der Mitteilung äußert RM Weisenstein sein Unverständnis über das Zeitfenster zur Ost-West-Achse. Bei der oberirdischen Variante könne das Genehmigungsverfahren ab 2022 beginnen, bei allen unterirdischen Varianten hingegen erst 2026. Zudem möchte er wissen, ob und welche Maßnahmen die Verwaltung jetzt ergreifen werde, um Kapazitäten auf der Ost-West-Achse zu schaffen. Er bittet um Mitteilung, ob beispielsweise auch über Busspuren auf der Aachener Straße nachgedacht wurde.

Weiterhin äußert Herr Weisenstein Bedenken, dass die ab 2024 benannten weiteren Maßnahmen – beispielsweise der Stadtbahnanschluss von Neubrück und die rechtsrheinische Gürtelstrecke – vernachlässigt werden. Hier wurden auch noch keine Kosten genannt, was sicherlich zu kritischen Fragen in den Bezirken führen werde.

RM Sterck merkt an, dass die Liste viele Maßnahmen beinhalte, die bereits seit Jahrzehnten diskutiert werden. Die Aussage der KVB AG auf einer Veranstaltung in der vergangenen Woche, dass nunmehr endlich Mittel zur Verfügung stehen, mache Hoffnung, zumindest das ein oder andere Projekt weiter planen und realisieren zu können. Er möchte sich daher nachdrücklich der Forderung von RM Götz, hier nun entsprechend und schnellstmöglich vor anderen Städten aktiv zu werden.

Irritiert haben ihn die Aussagen in der Mitteilung, dass die Bahnsteige auf den Außenästen der Stadtbahnlinie 1 auf 80 m verlängert werden - bisher war von 90 m die Rede – und dass bei der Maßnahme Stadtbahnanbindung Stammheim/Flittard die neue Trasse nördlich der Stadtbahnhaltestelle Keupstraße abzweigen werde. Nach seinem Verständnis sei ein Abzweig südlich der Haltestelle sinnvoller.

Bedauerlich sei, dass die linksrheinische Gürtelverlängerung nur den Netzlückenschluss bis zur Bonner Straße schließen werde und nicht bis zum Rheinufer zur Linie 16. Die Angaben in der Mitteilung und im beigefügten Plan seien hier auch widersprüchlich.

Letztendlich betont Herr Sterck, dass er die Errichtung einer neuen Stadtbahnhaltestelle am Bahnhof Köln-Süd sehr kritisch sehe, wenn zuvor nicht die Nadelöhre Barbarossaplatz und Luxemburger Straße angegangen werden.

Ausschussvorsitzender Wolter mahnt an, die heutige Diskussion nicht zu kleinteilig und überfrachtet zu führen. Es gehe vielmehr im Wesentlichen darum, die einzelnen Maßnahmen mit Zahlen zu hinterlegen. In einem gesonderten Termin könne die Verwaltung dann darlegen, mit welchen Ressourcen und zu welchem Zeitpunkt diese umgesetzt werden können. Anschließend könne ggf. immer noch eine andere Priorisierung vorgenommen werden.

RM Michel weist darauf hin, dass die vorliegende Roadmap von der Politik eingefordert wurde. Sie liege nunmehr als transparenter Leitfaden vor und hierfür möchte er sich bei der Verwaltung ausdrücklich bedanken. Das Erfordernis einer Beschlussvorlage sehe er nicht.

BG Blome betont nochmals, wie wichtig bei dieser Vielzahl von Großprojekten eine gute und über die übliche Zusammenarbeit hinaus gehende zwischen Verwaltung und Politik sei. Ein Lenkungskreis halte sie sehr wohl für erforderlich, da in diesem vertrauensvoll – ggf. in einem größeren Team - auch über nichtöffentliche Angelegenheiten gesprochen werden könne. Es müsse nun alles in ein geordnetes Prozedere übergehen. Bei den meisten Maßnahmen sei die Verwaltung noch nicht so weit, dass ein Planungsauftrag erteilt werden könne. Die europaweite Vergabe eines Planungsauftrags nehme ein knappes Jahr in Anspruch.

Sicherlich sei sie oberste Projektsteuerin; dennoch sei mit dem Vorstand der KVB AG abgestimmt worden, dass eine gemeinsame Arbeitsgruppe mit den Leitungsfunktionen beider Bereiche gebildet werden müsse. In dieser müsse zunächst genauestens überlegt werden, welche personellen Ressourcen erforderlich seien, um dann solide die Stellenplananmeldungen für 2019 vornehmen zu können. Sie vertrete die Auffassung, dass für das Multiprojektmanagement der anstehenden Maßnahmen zusätzlich ein externer, koordinierender Dienstleister erforderlich sei, wie er beispielsweise nun auch bei der Gebäudewirtschaft für den Schulbau eingesetzt werde. Hierzu werde sie zu gegebener Zeit mit einer Beschlussvorlage auf den Ausschuss zukommen.

Im Übrigen möchte sie den versteckten Vorwurf, dass die vorliegende Mitteilung nur eine schriftliche Zusammenfassung der Beschlüsse der letzten Jahre sei, zurückweisen. Die Verwaltung sei bei allen Maßnahmen zwischenzeitlich sehr aktiv geworden und möchte diese nun der Realisierung entgegenbringen.

An Herrn Hammer gerichtet betont Frau Blome, dass die Ost-West-Achse ein großes Projekt sei; ad hoc nun Bahnsteige in der Peripherie zu verlängern sei nicht möglich. Das Planfeststellungsverfahren und die Förderzusage des Bundes müssen abgewartet werden.

Herr Höhn, Vertreter der KVB AG, nimmt zunächst grundsätzlich Stellung zur generellen Bevölkerungsprognose der nächsten Jahre, dem angenommenen Mobilitätsverhalten und dem zu erwartenden Fahrgastzuwachs. Die Überlegungen für die Erweiterungen seien nicht nur auf den heutigen Bedarf ausgerichtet; vielmehr seien noch Reserven für künftige Steigerungen vorhanden.

Auf die hier konkret aufgeworfenen Fragen von Herrn Sterck eingehend stellt er klar, dass die Bahnen auf der Ost-West-Achse eine Länge von 90 m, die Bahnsteige eine Länge von mind. 80 m haben werden, da sie lediglich den Teil für die Türen der Bahnen abdecken müssen. Der Hinweis zum Trassenabzweig nach Stammheim/Flittard sei zutreffend; die Haltestelle Keupstraße werde zu gegebener Zeit noch umgebaut. Die angesprochene linksrheinische Gürtelverlängerung werde nach derzeitigem Pla-

nungsstand in 2 Baustufen erfolgen; die erste Baustufe bis zur Bonner Straße, die zweite Baustufe bis zum Rheinufer, jedoch ohne Querung der Rheinuferstraße.

Zur Linie 13 führt Herr Höhn aus, dass der Einsatz weiterer zusätzlicher Züge ohne den beschriebenen Ausbau der Bahnsteige nicht möglich sei. Diese Maßnahme könne jedoch relativ zügig umgesetzt werden wie auch der Anlage 1 zu entnehmen sei.

Interimslösungen, wie von Herrn Weisenstein gefordert, werden derzeit bei der KVB AG und der Verwaltung erarbeitet und in den kommenden Monaten im hiesigen Ausschuss zur Entscheidung vorgelegt.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, räumt ein, dass der Stadtbahnanschluss von Neubrück in der Tat nur langfristig – nach der Maßnahme Ost-West-Achse - umgesetzt werden könne. Auch die rechtsrheinische Gürtelstrecke stehe zugegebener Maßnahmen weit hinten in der Prioritätenliste. Die Verwaltung werde bei einem der nächsten Gespräche darlegen, wo der verkehrliche Wert der einzelnen Linie liege und wie Verwaltung und KVB AG zu ihrer Einschätzung gekommen sind.

Sobald ein politischer Beschluss für eine der Varianten zur Ost-West-Achse gefasst sei, werde die Verwaltung sicherlich auch eine klarere Zeitschiene und etwaige Interimslösungen vorlegen können.

Da keine weiteren Wortbeiträge vorliegen, schließt Ausschussvorsitzender Wolter die Diskussionsrunde und bittet die Verwaltung, in den nächsten Wochen zu einem weiteren – separaten – Termin einzuladen.

7.5 Ufermauer Porz weiteres Vorgehen in Bezug auf die Beschlussvorlage 3765/2016 und das Integrierte Stadtentwicklungskonzept für Porz Mitte 0347/2018

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.6 Fahrbahnmarkierung in der Domumgebung hier: Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt in der Sitzung am 25.01.2018, TOP 6.2 0545/2018

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.7 Bericht der Stadt Köln gemäß Art. 7 der EU-Verordnung 1370/2007 0363/2018

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Pilotprojekt Ring frei Mündliche Anfrage des RM Pöttgen

RM Pöttgen bittet um einen aktuellen Sachstand zum Projekt Ring Frei, insbesondere ob der Beschluss aus der Sitzung am 05.12.2017 ohne Verzögerungen umgesetzt werde.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, informiert, dass zur nächsten Sitzung eine schriftliche Mitteilung erfolgen werde. Vorab könne er berichten, dass das Pilotprojekt sowie der 2. Bauabschnitt Ulrichgasse im Sommer starten könne. Mit der Umsetzung des nördlichen Teils der Ringe werde die Verwaltung in der 2. Jahreshälfte beginnen, mit den südlichen Ringen Ende des Jahres bzw. Anfang nächsten Jahres. Die Untersuchungen hierzu würden in Kürze durchgeführt. Im Anschluss werde die Verwaltung die Ergebnisse im hiesigen Ausschuss präsentieren.

Auf Kritik von Herrn Pöttgen und Herrn Hammer, dass der Verkehrsausschuss einen anderen Zeitplan vorgegeben habe, weist Herr Harzendorf darauf hin, dass die Verwaltung keinerlei Zusage gemacht habe; sie werde die Beschlüsse schnellstmöglich umsetzen. Ausschreibungs- und Planungsverfahren benötigen jedoch eine gewisse Zeit.

8.2 Beschaffung von zehn Elektrofahrzeugen Mündliche Anfrage des stellv. Seniorenvertreters Haider

Stellv. Seniorenvertreter Haider erinnert an eine Bürgereingabe des Seniorenvertreters Meurers aus 2016 und den Zwischenbericht des zuständigen Beigeordneten Dr. Rau aus Oktober 2017. Er bittet um Mitteilung, ob der Beschluss nunmehr umgesetzt werden konnte.

BG Blome informiert, dass es zum „Sofortprogramm Saubere Luft“ einen separaten Förderaufruf der Bundesregierung gegeben habe und sowohl die städtischen Dienststellen als auch die städtischen Töchter entsprechende Förderanträge für die Beschaffung von Elektrofahrzeugen und Ladesäulen gestellt haben.

- Ende des öffentlichen Teils -

gez. *BM Andreas Wolter*
(Ausschussvorsitzender)

gez. *Angela Krause*
(Schriftführerin)